

Bad Waldsee, 18. Februar 2011

Erklärung von Agnieszka Malczak, MdB, und Bernd Zander, grüner Kandidat für die Landtagswahl im Wahlkreis Wangen

## **Grüne Verkehrspolitik in Bund, Land und vor Ort:**

### **Lebensqualität verbessern!**

Grüne Verkehrspolitik setzt auf intelligente und vernetzte Mobilität. Wir wollen Mobilität für alle: Ob jung oder alt, in der Stadt oder im ländlichen Raum, ob zu Fuß, per Rad oder mit dem Auto unterwegs oder Anwohner einer vielbefahrenen Straße. Wir wollen für alle eine tragbare Lösung finden. Wir verlieren auch die kommenden Generationen nicht aus dem Blick und deshalb ist eine Verkehrspolitik, die sich nicht an Klimaschutz, Naturschutz und Gesundheit orientiert und dabei auch den demografischen Wandel im Blick hat, für uns weder gerecht noch zukunftsfähig.

Moderne und nachhaltige Mobilitätspolitik setzt vor allem auf den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur und den maßvollen Ausbau von Engpässen. Denn die Erfahrung zeigt häufig: Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten.

Damit unsere Städte und Gemeinden nicht weiter im Verkehr ersticken, müssen dringend Alternativangebote geschaffen, verbessert und ausgebaut werden. Straßenbaumaßnahmen können nur in Einzelfällen sinnvoll sein. Schon jetzt übersteigen die Kosten für Unterhalt und Sanierung des Straßennetzes die betreffenden Etats. Dringend muss Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Ein wesentlich höherer Anteil des umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs ist möglich.

Menschen in der Region Allgäu-Oberschwaben beklagen seit Jahren Tag für Tag eine massive Belastung durch die Überlastung der B 30. Allgäu-Oberschwaben kann ein Leiedenslied singen von versprochenen Verkehrsprojekten, die seit Jahren noch nicht in die Realität umgesetzt worden sind: von der Elektrifizierung der Südbahn oder dem Ausbau einzelner Abschnitte der B 30.

Unser Anspruch ist es, die gesamte Raumschaft in den Blick zu nehmen. Wir müssen Verkehrsströme analysieren, Alternativen zur Straße und zum Auto entwickeln. Hier bieten die Untersuchungen im „Verkehrsprojekt Ost“ des Regionalverbandes Oberschwaben ebenso brauchbare Grundlagen wie die aktuelle Verkehrsplanung in und um Bad Waldsee.

Deutschlandweit werden die Prioritäten im Straßenbau falsch gesetzt, spielen wirtschaftliche Vernunft und der tatsächliche Bedarf der Menschen, die diese Wege nutzen, eine zu geringe Rolle. Selbst wenn ein bestehendes Problem tatsächlich angegangen wird, ist die Antwort zu oft einseitig Ausbau oder Neubau. Schwarz-Gelb, im Bund wie im Land, setzt damit auf eine völlig falsche Strategie in der Verkehrspolitik, die eben nicht die Menschen im Blick hat.

Wir Grünen setzen uns auf allen Ebenen, ob Bund, Land oder Kommune, für ein Umdenken in der Verkehrspolitik im Sinne der betroffenen Menschen ein. Unsere Maßgabe ist: tatsächlicher Bedarf vor Prestigeprojekten! Damit wäre den Menschen gerade in unserer Region mehr geholfen als mit schönen Versprechen. Unser Ziel ist es Mobilität in Zeiten von Klimaerwärmung und demografischem Wandel neu und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern auszurichten.

### **Ortsumfahrung B 30 Gaisbeuren**

Die Klagen der Anwohnerinnen und Anwohner über die verkehrliche Situation auf der B 30 bei Gaisbeuren und die damit verbundene Gesundheitsbeeinträchtigung sind mehr als verständlich und berechtigt. Aber die Menschen beschwerten sich nicht nur. Die Initiative „B 30 neu“ aus Gaisbeuren legt konkrete Vorschläge auf den Tisch, wie die Situation von Ort verbessert werden kann. Wir begrüßen auch, dass alle Beteiligten – Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinderat, sowie die Stadt – die Diskussion offen, transparent und gemeinsam führen wollen. Nicht erst seit den Protesten um Stuttgart 21 ist klar, dass Infrastrukturprojekte ohne echte Bürgerbeteiligung nicht zu machen sind.

Für uns Grüne ist es wichtig, Politik glaubwürdig zu gestalten und auch in Zeiten des heißen Wahlkampfes keine wohlklingenden Versprechen zu geben, die eindeutig nicht umsetzbar sind. Das ist nicht immer bequem, gehört aber zur Klarheit und Wahrheit. Der Frust gegenüber der Politik tritt schnell ein, wenn gemachte Zusagen leere Worthülsen bleiben. Auch so entsteht die vielbeklagte Politikverdrossenheit.

Klar ist leider:

Die Forderung, die Ortsumgehung der B 30 in den vordringlichen Bedarf aufzurücken, wird nicht so schnell realisierbar sein. Denn bereits heute sind mehr als dreimal so viele Projekte im vordringlichen Bedarf ausgewiesen, als Finanzmittel dafür zur Verfügung stehen. Die Grundlage für diese Berechnung sind allerdings die Preisstände von 2003, hier müssen also aktuell noch mindestens 30 % Kostensteigerung hinzugerechnet werden. Ein Tunnelbau dürfte jedenfalls derzeit jeden Kostenrahmen sprengen.

Auch den Erfolg eines Versuches, über § 6 des Fernstraßenausbaugesetzes (unvorhergesehener Bedarf) schneller in den vordringlichen Bedarf aufzurücken, halten wir – auch angesichts anderer Orte, die bereits über 40 Jahre auf eine Umgehung warten – für unwahrscheinlich. Diese Einschätzung wird auch gestützt durch die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Grünen zu dieser Thematik. Demnach sieht die Bundesregierung frühestens 2015 mit dem Beschluss über einen neuen Verkehrswegeplan eine Möglichkeit zur Aufstufung. Bei anderen Verkehrsprojekten hat sich gezeigt, dass auch eine Aufrücken in den vordringlichen Bedarf keine Garantie für einen raschen Baubeginn ist. Schließlich übersteigen die dort ausgewiesenen Projekte die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel.

Ungeachtet dessen unterstützen wir die berechtigten Forderungen der Menschen in Bad Waldsee und insbesondere der Bewohnerinnen und Bewohner aus Gaisbeuren nach mehr Verkehrssicherheit, weniger Lärm und besserer Luftqualität. Doch statt lediglich auf das Aufrücken in den vordringlichen Bedarf zu drängen, fordern wir eine Fokussierung auf Maßnahmen, die zu einer schnellen Entlastung führen können. Diese müssen jetzt mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden. Dazu gehören zum Beispiel:

- Ein nächtliches Transitverbot für LKW (Ausnahme örtl. Betriebe), wie in Hessen praktiziert, das nach § 45 StVo vom RP ausgesprochen werden kann
- Ein Tempolimit von 22 – 7 Uhr (30 km/h)
- Tempo 30 für die Durchfahrt in Gaisbeuren
- Kreisverkehr am Ortsanfang und -ende

Die Europäische Union hat außerdem Städte und Gemeinden verpflichtet, Lärmschutzrichtlinien auszuarbeiten und zu beschließen (Vorbild: Stadt Norderstedt). Gründliche Untersuchungen und Bürgerbeteiligung sind dafür Voraussetzung. Das gilt auch für die Luftqualität. Hier muss und kann der Gemeinderat entsprechende Untersuchungen für die Stadt und die Ortsteile veranlassen. Wir Grüne setzen uns hierfür ein und möchten mit dazu beitragen, dass sich die Lebensqualität der Menschen vor Ort nachhaltig verbessert.

Gerne sind wir als Grüne weiterhin bereit, unsere Vorschläge zur Verkehrspolitik mit allen Menschen und Einrichtungen vor Ort zu diskutieren.



Agnieszka Malczak



Bernd Zander